Stellungnahme des Europäischen Netzwerks Kirche im Aufbruch zur Zukunft der Europäischen Union

Madrid, 19. Mai 2019

Die Weiterentwicklung einer Europäischen Union zum Nutzen aller ihrer Bürgerinnen und Bürger bedingt, dass die Mitgliedsstaaten gemeinsamen Zielen Vorrang einräumen und fundamentalistische Politiken zurückweisen.

Die europäischen Institutionen haben sich seit ihrer Gründung viele Verdienste erworben, sind aber jetzt in ernsten Schwierigkeiten.

Die ökonomische Krise verursacht Angst und Unsicherheit und führt einerseits zu grobem vereinfachtem Protest, andererseits zu einer Welle der Sympathie für nationalistische Lösungen, die der im gemeinsamen Interesse der Europäischen Unio ausgehandelten Politik widersprechen.

Arbeitslosigkeit und Ungleichheit nehmen zu, Sozialausgaben werden reduziert wegen der unzureichenden Besteuerung der Unternehmen und des Reichtums, der sinkenden Geburtenrate und den niedrigen Löhnen, während die Migranten, die gebraucht werden, um zu unserer Ökonomie beizutragen, von einigen Mitgliedsstaaten abgelehnt werden, die sie als Ursache ihrer Probleme sehen.

Das Fehlen einer gemeinsamen Außenpolitik bedeutet einen wachsenden Mangel an Einfluss auf das geopolitische Szenario, während der “Kalte Krieg”zunimmt, die Erweiterung der Nato in Richtung der Grenze zu Russland gebilligt und der UN-Vertrag für nukleare Abrüstung abgelehnt wird und als Konsequenz das Vertrauen in den Multilaterismus fehlt.

Wir müssen dazu beitragen, diese Fehlentwicklung zu stoppen. Das Europäische Netzwertk Kirche im Aufbruch, vor fast 30 Jahren gegründet auf der Suche nach einem neuen Europa bietet seine Meinung und erklärt seine Bereitschaft, zu einer besseren Zukunft beizutragen. Das EN-RE hofft, dass die Katholische Kirche jedem Nationalismus und Fundamentalismus entgegen wirkt, die Beziehungen zu den anderen christlichen Denominationen fortsetzt und den Dialog mit den anderen Religionen und Weltanschauungen intensiviert.

Das EN-RE setzt sich ein für

- einen größeren sozialen Zusammenhalt auf der Grundlage einer demokratischen Politik im Gegensatz zu der exzessiven Macht der Marktokonomie und der Hegemonie der internationalen Finanzwelt;
- verbesserte Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit und Arbeit und die Verminderung der Ungleichheit;
- eine Politik, die Migranten akzeptiert und integriert, enschließlich der Rettung auf See und allgemein einen “menschlichen Weg” mit der Akzeptanz dieser Ziele durch alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Die erste Aufgabe des neugewählten Europäischen Parlaments muss die Aufhebung des Dublin- Prozesses sein;
- eine rigorose Umsetzung der bei der Klimakonferenz in Paris eingegangenen Verpflichtungen.

Das Europäische Netzwerk Kirche im Aufbruch teilt die Überzeugung der Katholikinnen und Katholiken an der Basis, dass ein anderews Europa möglich ist. Die Wahlen im Mai sind eine große Herausforderung für eine gerechtere Gesellschaft in der Europäischen Union.

http://www.en-re.eu/images/pdf/Stellungnahme.pdf

Zuletzt geändert am 06.06.2019